

## **Organtransplantation – eine Vertrauenssache. Besserer Umgang mit psychischen Belastungen**

**Dienstag, 26. Juni 2001, Fribourg**

### **Liste konkreter Massnahmenvorschläge geordnet nach Dringlichkeit**

*Am 26. Juni 2001 fand in Fribourg der Workshop «Organtransplantation – eine Vertrauenssache. Besserer Umgang mit psychischen Belastungen» statt. An der Veranstaltung nahmen gegen 70 Personen teil, die in unterschiedlicher Weise einen Bezug zur Transplantationsmedizin haben: Organempfänger und ihre Angehörigen, Lebendspender, Angehörige von Organspendern, Krankenschwestern und Krankenpfleger, Ärzte, Psychologen sowie Verantwortliche von Krankenhäusern und des Gesundheitswesens. Eine Liste mit konkreten Massnahmen und Prioritäten zur Verbesserung des Umgangs mit den psychischen Belastungen bei Organtransplantationen wurde in Arbeitsgruppen aus zwei unterschiedlichen Perspektiven formuliert. Die einen betrachteten den Ablauf einer Transplantation aus der Sicht der Spender, Empfänger und deren Angehörigen, die anderen aus der Sicht der Ärzte, der Krankenschwestern, der Krankenpfleger und der Personen, die die psychologische Betreuung leisten. Am Ende des Tages wählte jeder der Teilnehmenden unter allen vorgeschlagenen Massnahmen, die für sie wichtigsten aus. Die erarbeiteten konkreten Vorschläge sind untenstehend zusammengefasst (in Klammern die Anzahl der Personen, die dem Vorschlag Priorität geben).*

### **INFORMIEREN UND SENSIBILISIEREN**

**Fast einstimmig haben die Workshop Teilnehmenden vermehrte Anstrengungen zur vertieften Information und Sensibilisierung der Bevölkerung über die Organtransplantation gefordert. Die Vorschläge für konkrete Massnahmen in diesem Bereich sind untenstehend nach der von den Teilnehmenden vergebenen Wichtigkeit geordnet:**

- Verteilen eines neutralen Ausweises, auf der jeder seinen Entscheid über eine Organspende (Ja oder Nein) festhalten kann **(22)**
- „One number“: Eine ständig erreichbare Telefonauskunft für alle von Organspende betroffenen Personen (Spender, Transplantierte, Angehörige, Pflegepersonal, Ärzte) **(18)**
- Veröffentlichung einer kleinen Broschüre durch das Bundesamt für Gesundheit, welche die Probleme, Konsequenzen und medizinischen Sachverhalte beschreibt **(11)**
- Information über Organspende in den für die Fahrprüfung obligatorischen Erste-Hilfe-Kursen **(10)**

## **UNTERSTÜTZUNG UND BETREUUNG BETROFFENER**

**Die meisten Teilnehmenden wünschten eine bessere Unterstützung und eine bessere Betreuung aller von einer Organtransplantation betroffenen Personen (Angehörige, Patienten, Familien der Organspender und die Lebendspender sollten ebenfalls miteinbezogen werden). Die Vorschläge für konkrete Verbesserungsmaßnahmen sind untenstehend nach der von den Teilnehmenden vergebenen Wichtigkeit geordnet:**

- Erstellen einer Checkliste von Massnahmen, die eine längerfristige medizinische Nachbehandlung aus unterschiedlicher Perspektive (Pflegepersonal, Ärzte, Psychologen, Geistliche) umfasst **(18)**
- Das Pflegepersonal soll an der Schaffung von Auffangstrukturen zur Unterstützung der Betroffenen der Transplantationsmedizin mitbeteiligt werden **(15)**
- Vor, während und nach dem Eingriff soll die Verantwortung für die medizinische Behandlung bei ein und derselben medizinischen Fachperson liegen **(3)**
- Organisation Betroffener in Selbsthilfegruppen **(3)**
- Einrichten eines Ortes der Stille, wo die Familie ihren Entscheid für oder gegen eine Organentnahme in Ruhe und ohne äusseren Druck fällen kann (ohne Stimmen, da nur mündlich in einer Arbeitsgruppe genannt)

## **AUSBILDUNG ZUSTÄNDIGER PERSONEN ZUR BEGLEITUNG UND BETREUUNG**

**Die Schaffung einer verantwortlichen Stelle in Spitälern für Fragen im Zusammenhang mit Organtransplantationen wurde von einer ganzen Reihe der Teilnehmenden gefordert. Als konkrete Massnahmen wurden vorgeschlagen:**

- Speziell ausgebildete Koordinatorinnen und Koordinatoren sollen in Universitätskliniken sowie Regionalspitälern verfügbar sein **(24)**
- Die Ausbildung sollte zwischen den Krankenhäusern koordiniert werden **(1)**

## **EINBEZUG STAATLICHER STELLEN**

**Eine kleine Gruppe wünschte politische Massnahmen, um die Unterstützung und die Betreuung der von der Transplantationsmedizin Betroffenen zu fördern. Die folgenden Massnahmen wurden vorgeschlagen:**

- Staatliche Stellen sollten die Kostenfrage klären: Es muss garantiert sein, dass Lebendspendern keine Folgekosten oder Nachteile bei der Krankenversicherung entstehen **(2)**
- Im Transplantationsgesetz soll die Notwendigkeit einer psychologischen Betreuung im Zusammenhang mit Organtransplantationen erwähnt werden (ohne Stimmen, da nur mündlich in einer Arbeitsgruppe genannt)